

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

In der Berichtsperiode ist die Entwicklung, welche sich auf Grund des Ausgangs der Volksabstimmung vom 23. November 1952 ergeben hat, weitergegangen, und zwar leider in einer Richtung, die man vom Standpunkt der freien Wirtschaft aus kaum mit großer Zustimmung wird aufnehmen können. Wie der Leser weiß, hatten jene Abstimmungen die Frage der befristeten Weiterführung einer beschränkten Preiskontrolle und eine vorläufige Regelung der Brotgetreideordnung zum Gegenstand. Das Volk hat beiden Vorlagen zugestimmt, aber es kann nach den Vorgängen während der Abstimmungskampagne kein Zweifel darüber bestehen, daß das Mandat nicht etwa dahin ging, die bisherigen Vorschriften einfach mehr oder weniger unbesehen zu übernehmen bzw. weiterzuführen. Im einen wie im anderen Fall hatten nämlich die bürgerlichen Landesparteien und im besonderen die Wirtschaftsverbände die Parole der Zustimmung zu den Vorlagen unter dem klaren Vorbehalt erteilt, daß die staatlichen Eingriffe in der Folge auf ein absolutes Minimum zu reduzieren wären. Diese Einstellung war auch in den Beratungen des Parlamentes mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Im Falle der *Getreideordnung* konnte dies nichts anderes bedeuten, als daß vornehmlich die Zentralisation der Einfuhr des Brotgetreides beim Bund nicht einfach wie bisher weiterzuführen sei. Vielmehr müsse, so äußerte sich beispielsweise die Schweizerische Handelskammer, ein weiterer schrittweiser Abbau erwartet werden bis zum Zeitpunkt, in welchem ein revidiertes Getreidegesetz in Kraft treten könne. Man hat denn auch in Kreisen der Wirtschaft der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß eben diese Revision des Getreidegesetzes, deren Vorbereitung durch die Expertenkommission schon Ende 1948 so gut wie beendet war, nunmehr ungesäumt weitergeführt und baldmöglichst zum Abschluß gebracht würde. Aber leider entsprechen die Entschlüsse des Bundesrates weder nach der einen noch nach der anderen Richtung den Erwartungen.

So bestimmt der bundesrätliche Entwurf, welcher mit *Botschaft vom 10. Februar 1953* den eidgenössischen Räten unterbreitet wurde, daß der Einkauf und die Einfuhr von ausländischem Brotgetreide nur der Getreideverwaltung gestattet sei. Damit wird also die Zentralisierung beibehalten. Immerhin ermächtigt im folgenden der Art. 46 den Bundesrat,

«die im Bundesbeschluß vorgesehenen Maßnahmen stufenweise abzubauen, soweit sie nicht in das revidierte Getreidegesetz aufgenommen werden und sofern die wirtschaftliche Lage diesen Abbau erlaubt».

Im übrigen gilt der Bundesbeschluß bis spätestens zum 31. Dezember 1957, gemäß der Befristung des vom Volk angenommenen Verfassungszusatzes. Nach der Fassung der Botschaft gewinnt man nicht den Eindruck, daß es den Behörden besonders

darum zu tun sei, diese befristete Übergangsordnung bereits vor ihrem Ablauf durch ein Getreidegesetz zu beenden, daß vielmehr durchaus die Neigung besteht, die so festzulegende Zentralisation der Einfuhr des Brotgetreides möglichst lange beizubehalten. So kommen wir also zu einer Lage, welche weder dem Sinn der Volksabstimmung vom 23. November 1952 noch den Gegebenheiten der heutigen Umstände entspricht. Mit Recht hat sich deshalb der Importhandel gegen die in der Botschaft zu Tage tretenden Tendenzen zur Wehr gesetzt. Es ist von Seiten des freien Handels darauf hingewiesen worden, daß die Weltversorgungslage in Brotgetreide heute wieder völlig normal ist. Kennzeichnend dafür ist doch wohl der Umstand, daß die verschiedenen Brotgetreidesorten im Preise beträchtlich zurückgegangen sind und daß die einschränkenden Exportbestimmungen überall seit längerer Zeit aufgehoben wurden. Eigentümlicherweise wird in der Botschaft selbst zugegeben, daß die Marktlage die Freigabe der Einfuhr «eigentlich als selbstverständlich erscheinen» ließe. Diese Feststellung ist zweifellos richtig, und man hätte nur die klaren Konsequenzen aus ihr zu ziehen brauchen. Wir möchten nicht unterlassen, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß wenigstens im Ausland — auch dort, wo sich die Wirtschaft noch unter viel schwereren Bedingungen vollzieht als bei uns — die betreffenden Schritte getan sind. So hat das britische Ernährungsministerium die Freigabe des Getreidehandels vom Beginn der nächsten Ernte an bekanntgegeben, und in Belgien, das sich auch in anderer Beziehung durchaus in einer liberalen Politik auszeichnet, besteht schon heute kein Einfuhrmonopol mehr. Aber der Bundesrat will trotzdem an den dirigistischen Umständen festhalten. Wenn er seinen Entschluß nun dahin begründet,

«daß Handel und Müllerei bei allem guten Willen nicht in der Lage sind, genügend Gewähr für eine Vorratshaltung im gegenwärtigen Ausmaß und für eine Weiterführung der Brotpreisbildung im bisherigen Rahmen zu leisten»,

so wird dies aus den in Frage kommenden Kreisen mit aller Deutlichkeit bestritten. Die genannten Wirtschaftszweige haben der Getreideverwaltung schon vor längerer Zeit Vorschläge über die Verteilung der Vorräte bei Wegfall des staatlichen Getreideeinkaufes unterbreitet, welche beweisen, daß sie in der Lage sind, eine mehr als hinreichende Vorratshaltung zu gewährleisten. Auch läßt sich eine Abstufung bei den Preisen der verschiedenen Mehlsorten unter einer monopolfreien Lösung ebenso gut verwirklichen wie beim Monopol. Nach dieser Richtung sind übrigens dem Bundesrat vor längerer Zeit ebenfalls konkrete Vorschläge unterbreitet worden. Aus allen diesen Erwägungen muß man verlangen, daß die Fassung des Entwurfes des Bundesrates in entsprechender Weise abgeändert wird, indem die Verwaltung den Auftrag erhält, in der bis zum 31. Dezember 1957 festgelegten Übergangsperiode für eine allmähliche Lockerung des zentralisierten Einkaufs besorgt zu sein.

Wenn man sich die Frage stellt, aus welchen Gründen wohl der Bundesrat in seinem Entwurf die monopolfreie Lösung ablehnte, so wird man dabei nicht allein auf das Beharrungsvermögen der Verwaltung abzustellen haben. Darüber hinaus dürfte nämlich der Einfluß der Gewerkschaften eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben. So hatte das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes schon vor längerer Zeit behauptet, daß eine Lockerung des staatlichen Einkaufsmonopols in der Getreideordnung «eine ganz offensichtliche Verfälschung des Volksentscheides vom 23. November» wäre. Man weiß, daß diese «Feststellung» willkürlich ist. Um so bedauerlicher mag dann der Umstand erscheinen, daß der Bun-

desrat der Forderung des Gewerkschaftsbundes, es sei das bisherige Regime des Einkaufes und der Einfuhr von ausländischem Brotgetreide durch die Behörde fortzuführen, in klarer Weise entsprochen hat.

Dieser Einfluß ist auch im zweiten Bereiche, den wir behandeln wollen, unverkennbar.

Der Bundesrat unterbreitet den eidgenössischen Räten mit *Botschaft vom 3. Februar 1953* eine Vorlage über die *Durchführung einer beschränkten Preiskontrolle*. Hier bestimmt Art. 2, Abs. 1:

«Die Mietpreiskontrolle *kann* schrittweise gelockert werden, soweit dies ohne volkswirtschaftliche Nachteile oder soziale Härten möglich ist».

Der Bundesrat begründet diese Kannvorschrift damit, er sei auf Grund der Empfehlungen der eidgenössischen Preiskontrollkommission und der mit den Kantonsregierungen und Wirtschaftsverbänden gepflogenen Beratungen zum Schluß gekommen, daß es nicht angehe, «eine unbedingte Pflicht des Bundesrates zur schrittweisen Lockerung der Mietpreiskontrolle zu statuieren». Nun hat aber die Formulierung dieses Artikels und ihre Begründung eine Vorgeschichte. Am 20. Dezember 1952 hatte nämlich das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement den Kantonen, den Spitzenverbänden und den Interessenorganisationen folgende Fassung des Art. 2 vorgeschlagen:

«Die Mietzinskontrolle ist schrittweise zu lockern».

Weshalb wurde nun die Mußvorschrift aufgegeben zu Gunsten der Kannvorschrift? Und dies, obwohl der Bundesrat in seiner Botschaft betreffend die befristete Weiterführung der Preiskontrolle vom 2. Mai 1952 erklärt hatte, die Diskrepanz der Mietzinse von Alt- und Neubauten könne nicht verewigt werden und das Fernziel der staatlichen Mietpreispolitik müsse «die Erreichung eines selbsttragenden Wohnungsmarktes mit dem Gebrauchswert der Wohnungen entsprechenden Mietpreisrelationen» sein? In der konsultativen Konferenz über den Diskussionsentwurf des Volkswirtschaftsdepartements waren verschiedene Meinungen zu hören gewesen. So wurde von Seiten der Gegner einer Preiskontrolle postuliert, daß in dem Beschluß genaue zeitliche und prozentuale Etappen der Lockerung der Mietpreiskontrolle festgelegt werden müßten. Andererseits hatten die Vertreter der Mieter kurzerhand die Streichung des betreffenden Artikels überhaupt verlangt. Und die Konferenz war kaum zu Ende, als die sozialdemokratische Pressekorrespondenz berichtete, die Vertreter der Mieter hätten «mit aller Klarheit» festgestellt,

«daß der bundesrätliche Entwurf in krassem Widerspruch zu dem vom Volk angenommenen Verfassungsartikel steht, in dem rein gar nichts steht, was eine schrittweise Lockerung der Mietzinskontrolle gestatten würde».

Es erübrigt sich, im einzelnen zu begründen, daß diese Verlautbarung der sozialdemokratischen Pressekorrespondenz die wirklichen Umstände völlig unrichtig wiedergibt. Die Propaganda zu Gunsten der Vorlage vom 23. November stützte sich auf das Argument, wenn man die Vorlage nicht annehme, so würden die Mietpreise sofort, d. h. bereits anfangs 1953, stark in die Höhe gehen. Es läßt sich aber leicht nachweisen, daß nicht nur die bürgerlichen, sondern auch die sozialdemokratischen Befürworter der Vorlage sich ausdrücklich nicht gegen eine spätere Lockerung der Mietzinskontrolle gewendet haben. Es können hierfür Zeugnisse pro-

minenter Sozialdemokraten unschwer angeführt werden. Auch vermag man vernünftigerweise nicht einzusehen, daß der heute bestehende Zustand der Diskrepanz zwischen den Preisen alter Wohnungen und den Preisen neuer Wohnungen einfach beibehalten werden soll. Es ist schon zur Genüge geltend gemacht worden, daß die übertriebene Preisabstufung, wie sie heute besteht, das Angebot an Altwohnungen praktisch verhindert, was sich durchaus unsozial auswirkt, indem junge und neu zugezogene Familien mit teureren neuen Wohnungen belastet werden, während Altmietler, die es ganz gut anders vermöchten, in ihren billigen Wohnungen sitzen bleiben. Nach der Abstimmung hatte denn auch der Leiter der Eidgenössischen Preiskontrollstelle, Dr. Campiche, erklärt, mit dem Ergebnis der Volksabstimmung sei die Sicherung einer beschränkten Preiskontrolle für eine Übergangszeit festgelegt. «Diese Übergangszeit soll nun erlauben, Schritt für Schritt einer Normalisierung entgegenzugehen», sagte er. Der Entwurf des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements vom 20. Dezember 1952 hatte diesen Überlegungen in klarer Weise Rechnung getragen. Der Bundesrat aber hat in seinem Entwurf vom 3. Februar 1953 diese wenigstens einigermaßen sichere Grundlage wieder verlassen und sich in die Kannvorschrift geflüchtet. Die Gründe, die zu diesem Entschluß geführt haben, sind auch in diesem Falle unschwer zu erkennen. Man kommt deshalb zu dem bedauerlichen Schluß, daß auch hier nur die Stimme der einen Seite gehört wurde. Von Seiten der sozialdemokratischen Partei wurde übrigens in diesem Zusammenhang mit der Drohung operiert, man werde gegebenenfalls gegen die Vorlage über die Preiskontrolle das Referendum ergreifen, sofern am Ende der Abschnitt über die Mietpreiskontrolle den eigenen Wünschen, oder, wie man das ausdrückte, «dem wahren Sinn des Verfassungsartikels», nicht entspreche. Nun wird es zweifellos ziemlich schwer fallen, diese Perspektive wirklich ernst zu nehmen. Mit Recht ist nämlich von bürgerlicher Seite dazu bemerkt worden, daß ein solches Vorgehen im Grunde keineswegs die Wünsche seiner Urheber erfüllen könnte. Auch wenn das Referendum zustande kommen würde, und selbst wenn es schließlich zu einer Verwerfung der Vorlage käme, wäre für die Bestrebungen der hinter einem solchen Referendum stehenden Kreise deswegen nichts gewonnen, weil dann einfach der am 23. November 1952 angenommene Verfassungsartikel als solcher bestehen bliebe. Es hätte dies zur Folge, daß die Gestaltung der Mietzinse völlig frei würde. Auch die «Neuen Zürcher Nachrichten» haben auf diese Zusammenhänge hingewiesen und dazu ausgeführt, mit der Ergreifung des Referendums gegen die kommende Gesetzesvorlage könnte die sozialdemokratische Partei nur die Geschäfte der Gegner einer jeden Weiterführung der Mietpreiskontrolle besorgen, die ja ihrerseits nichts anderes als die Ablehnung der Vorlage wünschen könnten. Wenn deshalb der sozialdemokratische Pressedienst zu der neuen bundesrätlichen Vorlage, wie sie nun zustande kam, bemerkt, es sei nun durch die zuständigen Instanzen der Gewerkschaften und der politischen Organisationen des werktätigen Volkes eingehend zu prüfen, ob mit der jetzt vorgeschlagenen «Kann-Formel» die Interessen der 900 000 schweizerischen Mieter gewahrt werden könnten, so wird man dieser «Prüfung» mit einiger Ruhe entgegensehen. Der Bundesrat ist jedenfalls den Bestrebungen, welche hinter dieser «Prüfung» stehen, bereits in so weitgehendem Maße entgegengekommen, daß es jetzt durchaus an den andern Kreisen liegt, «Prüfungen» vorzunehmen, bzw. ihre nicht unbegründeten Bedenken anzumelden.

*

*

*

Am 30. Januar dieses Jahres jährte sich zum zwanzigsten Male der Tag, an dem *Adolf Hitler* im Deutschen Reiche die Macht ergriff. Bemerkenswert mag erscheinen, daß dieser bedeutungsvolle Umstand in der Presse verhältnismäßig wenig gewürdigt worden ist, und es geziemt sich deshalb, kurz daran zu erinnern. Oder ist die Zeit der europäischen Schande schon weitgehend vergessen? Zweifellos wird Europa noch lange an den Folgen dieser grausamen Episode seiner Geschichte zu tragen haben. Nicht ohne Grund ist darauf hingewiesen worden, daß die Gedanken, die Hitler im Ursprung seiner Laufbahn im deutschen Volke mit großem Erfolg propagierte, und die er im Grunde gegen seinen Willen dann preisgab, auch heute nicht ausgelöscht sind, trotz den Bestrebungen, welche der westdeutsche Bundeskanzler Adenauer, seine Regierung und sein Parlament intensiv verfolgen. So kann denn kein Zweifel darüber bestehen, daß die Vorstellung, Frankreich sei der Feind und Rußland der Freund des deutschen Volkes, noch in weiten Kreisen wachgehalten wird. Käme es also, so wurde bemerkt, doch noch zur Wiedervereinigung und zur Neutralisierung Deutschlands, so wäre ein Paktieren mit dem Osten nicht undenkbar.

Nun wäre freilich in unserer Berichtsperiode vorerst noch eines anderen Ereignisses zu gedenken, das sich ebenfalls, aber zum zehnten Male, jährt. Am 2. Februar 1943, um 16 Uhr, schwiegen in der an vielen Stellen lichterloh brennenden Stadt *Stalingrad* die Waffen. Zu dieser Stunde war die Wehrmacht Adolf Hitlers entscheidend aufs Haupt geschlagen. Im Keller eines Warenhauses ergab sich der Oberbefehlshaber der deutschen 6. Armee, Feldmarschall Paulus, mit seinem Stab. Mit 91 000 Mann ging er in die Gefangenschaft, dem Rest der ehemals über 320 000 Mann starken Offensivarmee. 229 000 Soldaten lagen als Leichen auf den weiten Schneefeldern rings um die Stadt und zwischen ihren Trümmern. Die Russen kämpften und starben zu Hunderttausenden für ihre Stadt, die den Übergang über die Wolga und den weiteren Weg nach Osten versperrte. Und mit den Soldaten kämpften auch alle waffenfähigen Männer aus der Zivilbevölkerung. Frauen und Kinder standen an den Schanzgräben und errichteten Barrikaden. Es geziemt sich wohl, dieser historischen Taten sich zu erinnern. Zehn Jahre nach der Macht ergreifung hat Hitler den Krieg in Rußland verloren. Es ist kein Zweifel, daß *Stalingrad* ein Wendepunkt des zweiten Weltkrieges war, wie kurz zuvor *El Alamein* in Nordafrika. Heute stehen nicht die Deutschen an der Wolga, sondern die Russen an der Elbe.

Gerade in diesen jubiläumsgesegneten Tagen ist übrigens eine Statistik über die *Opfer der Judenverfolgungen des Hitlerregimes* in Deutschland und in den besetzten Ländern veröffentlicht worden. Danach sind dem nationalsozialistischen Terror 6 093 000 jüdische Personen zum Opfer gefallen. Die Juden Polens haben die höchsten Verluste erlitten, nämlich 2 900 000. In dem von der Wehrmacht besetzten Rußland sind von 2 000 000 Juden 1 500 000 getötet worden. Im gesamten Territorium Rumäniens, Ungarns, Jugoslawiens, Bulgariens und Griechenlands sind insgesamt 747 000 Juden Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgungen geworden.

In der laufenden Berichtsperiode jährte sich aber noch ein weiteres Ereignis: am 22. Februar 1943 wurden in München die Studenten *Sophie und Hans Scholl* wegen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus hingerichtet. Das Heldenepos dieser Opfer und ihrer Kameraden ist unvergessen. Unter dem Decknamen «Die weiße Rose» hatte die Gruppe eine Organisation an der Münchner Hochschule er-

richtet, welche den Zweck hatte, das deutsche Volk nach der Niederlage von Stalingrad zur inneren Umkehr und zum Widerstand gegen das Regime aufzurufen. Die beiden Geschwister wurden bei der Verteilung von Flugblättern durch die Polizei gestellt und dem Tode zugeführt.

Es mag in diesem Zusammenhang endlich noch eines anderen Ereignisses gedacht werden, welches acht Jahre zurückliegt, aber erst in diesen Tagen endgültig aufgeklärt wurde.

Bekanntlich operiert die Propaganda der sowjetischen und ostdeutschen Stellen in beiden Teilen des deutschen Volkes unablässig mit dem Ereignis vom 13. Februar 1945, als die *Stadt Dresden* durch Luftangriffe der westlichen Alliierten fast völlig zerstört wurde und nach deutschen Ermittlungen, da die Stadt damals durch den Flüchtlingsstrom aus dem Osten überfüllt war, etwa 250 000 Personen ums Leben kamen. Nun hat das amerikanische Staatsdepartement in diesen Tagen zum ersten Male bestätigt, daß diese alliierten Luftangriffe von sowjetischer Seite ausdrücklich angefordert worden waren. In der amerikanischen Erklärung wird ausgeführt, der Luftangriff auf Dresden hätte verhindern sollen, daß deutsche Truppenverstärkungen durch die Stadt geleitet werden konnten, um gegen die 150 km vor der Stadt stehende Armee des russischen Marschalls Konjew eingesetzt zu werden. Nach dem damaligen Verfahren sei für jedes Bombenziel der Alliierten in den östlichen Gebieten Deutschlands wenigstens 24 Stunden vor dem Angriff die Zustimmung der Sowjets eingeholt worden; auch der Angriff vom 13. Februar 1945 erfolgte in Übereinstimmung mit den Russen.

Seit dem Amtsantritt Präsident Eisenhowers und seines Staatssekretärs John Foster Dulles steht *die Linie der neuen amerikanischen Außenpolitik* im Zentrum der Diskussion. In den Zeitungen liest man viel von «positiver Außenpolitik» und von einem «frischen Wind», der nunmehr in Washington wehen soll, durchaus im Gegensatz zu den Zeiten des Regimes des Präsidenten Truman und seines Staatssekretärs Acheson, die man heute bereits vielfach mit starker Kritik begleitet, oder mit scheelen Augen betrachtet. Die weitere Entwicklung allein kann hier ihr Urteil fällen. Einstweilen sind vorerst die Postulate festzuhalten, die in der Botschaft des Präsidenten Eisenhower aufgestellt wurden. Sie haben — begreiflich — weitherum nicht unbeträchtliches Aufsehen erregt. Sicher ist die Entneutralisierung der Insel Formosa und damit des Regimes des chinesischen Marschalls Tschiang Kai-shek eine ziemlich umstrittene Angelegenheit geworden. Man will damit wahrscheinlich in Washington versuchen, einen Druck auf Rotchina oder gar Rußland auszuüben, was, wie der Londoner «Economist» bemerkt, durchaus dem Temperament des neuen Staatssekretärs entsprechen würde. Daß es sich dabei freilich weitgehend um die Einlösung von Wahlversprechen handelt, dürfte wohl kaum bezweifelt werden können. Die praktischen Auswirkungen dieses sozusagen energischen Entschlusses stehen noch völlig dahin. Der bekannte Publizist Walter Lippmann bemerkt dazu, daß die Verstärkung des militärischen und propagandistischen Druckes auf das rote China eher geeignet sei, dessen Kampfwillen zu stärken, als ihn zu schwächen. Die propagandistische Kriegsführung gegenüber China sei, so meint er, weitgehend unwirksam, weil nur sehr kleine Bevölkerungsschichten erreicht werden könnten; das noch weitverbreitete Analphabetentum, Zensur und Terror würden die alliierte Propaganda erschweren. Noch etwas weiter geht in diesem Zusammenhang einer der jüngsten Berichte des Bankhauses Bär in

Zürich, wo ergänzend zu dem Bericht Lippmanns kurzerhand festgestellt wird, daß es der chinesischen Bevölkerung unter dem Regime Mao Tse-Tung eher besser gehe als früher. So wären die Bauern inzwischen in den Besitz von Land gekommen, sie sind teilweise vom Zinswucher und von den Steuern lokaler Machthaber und von der Korruption befreit. Ebenso fühle sich das Proletariat von den «kapitalistischen Unterdrückern» erlöst. Tatsächlich, so bemerkt der Bericht wohl mit Recht, sei das kommunistische Regime in China noch zu jung als daß die Bevölkerung die negativen Seiten des Kommunismus schon in dem Maße zu fühlen bekommen hätte, wie das etwa in den osteuropäischen Satellitenstaaten der Fall sei.

Ganz besonderes Aufsehen hat die Erklärung des neuen amerikanischen Präsidenten hervorgerufen,

«daß diese Regierung keinerlei bindende Verpflichtungen anerkennt, die in früheren *Geheimabmachungen mit ausländischen Regierungen* enthalten sind und welche die Versklavung irgendeines Volkes ermöglichen».

Nach der Rede Eisenhowers wurde die Version herausgegeben, der Präsident habe im besondern das *Abkommen von Yalta* im Auge gehabt. Tatsächlich sind damals einige geheime Bestimmungen vereinbart worden, aber schließlich ist es durchaus begreiflich, daß man diese Dinge nicht an die große Glocke hängen konnte, handelte es sich doch darum, den Preis festzulegen, welcher der Sowjetunion für ihren Kriegseintritt gegen Japan zugesprochen werden sollte. Die Bestimmungen lauten wie folgt:

- «1. Rußland erhält die Machtstellungen zurück, die es im russisch-japanischen Krieg von 1904 verlor, nämlich: a) Süd-Sachalin; b) die lebenswichtigen Interessen Rußlands im Handelshafen Dairen werden gewährleistet und dieser Hafen internationalisiert; c) Port-Arthur wird wieder ein Flottenstützpunkt Rußlands im Pachtverhältnis; d) die chinesische Ostbahn und die südmandschurische Eisenbahn werden von China und Rußland gemeinsam betrieben und verwaltet und Rußlands Interessen werden gewährleistet.
2. Die Kurilen werden an Rußland abgetreten».

Besieht man die Fassung dieser Erklärung genauer, um sie dann mit den Formulierungen zu vergleichen, welche Präsident Eisenhower in seiner Botschaft gebraucht hat, so müssen doch wohl einige Zweifel aufkommen, ob die Rücktrittserklärung in diesem Falle tatsächlich anwendbar sei, denn es kann sich in dem Abkommen doch wohl kaum um eine Versklavung freier Völker handeln. Vor allem aber muß doch daran erinnert werden, daß damals diese Abmachung mit der Sowjetunion auf ausdrücklichen Wunsch der führenden Kreise der amerikanischen Armee abgeschlossen wurde, welche in jenem Stadium — es war das Frühjahr 1945 — den Kriegseintritt Rußlands gegen Japan zur Bezwingung dieses Gegners für unbedingt erforderlich hielten und gerade die politischen Behörden dazu veranlaßten, die festgelegten Preis für diesen Kriegseintritt zu bezahlen. Es hat sich denn auch unter den Alliierten der Vereinigten Staaten sofort eine deutliche, man kann sagen: kompromißlose Opposition gegen dieses seltsame Vorgehen erhoben und insbesondere in London, wo man in Fragen politischer Taktik nicht eben unerfahren ist, wurde die Ablehnung mit aller wünschbaren Deutlichkeit vorgebracht. Übrigens mußte es auffallen, daß gerade auch die Japaner, obwohl sie naturgemäß von der Durchführung dieser amerikanischen Rücktrittsdrohung am meisten Vor-

teile hätten, die Perspektiven der Erklärung mit ziemlichlichen Vorbehalten und in recht diplomatischen Wendungen entgegengenommen haben. Am Ende ist es auch in diesem Falle, ähnlich wie in der Angelegenheit der Entneutralisierung von Formosa, wahrscheinlich, daß der deklamatorische Charakter vor dem wirklich realen überwiegt, und daß es sich auch hier im wesentlichen um ein psychologisch bedingtes Vorgehen handelt, welches zu einem großen Teil die Einlösung von Wahlversprechen zum Gegenstand hat. Denn schließlich ist es doch wohl naheliegend, daß ein solches Vorgehen zu nichts weiter dienen kann als zu einer Verschärfung der Spannungen und zu einer Erhöhung der Unsicherheit, am Ende also zu durchaus unferlosen Perspektiven, durch welche sich der sowjetischen Politik, wo sie sich auf die Ausnützung solch gefährlicher Situationen doch so meisterhaft versteht, ungeahnte Möglichkeiten eröffnen müßten.

Im Rahmen dieser politischen Vorstöße hat übrigens *der ehemalige amerikanische Botschafter in Moskau, George Kennan*, bekanntlich ein sehr erfahrener Rußlandspezialist, eine *Erklärung* abgegeben, welche die Situation im wesentlichen Bereiche ins richtige Licht setzt. Kennan bezeichnete die Absicht des neuen Staatssekretärs, den Einfluß Rußlands auf die Satellitenstaaten durch moralischen Druck und Propaganda zu schwächen, als gefährlich, und er äußerte sich in direkter Weise wie folgt:

«Ich würde mich als Regierungsmann sehr davor hüten, etwas zu unternehmen, was direkt die Regierungsform eines andern Landes berühren könnte. Eine andere Haltung stünde im Widerspruch zu unseren internationalen Verpflichtungen, zu unserer Eigenschaft als Mitglieder der Familie der Vereinten Nationen und zur Aufrechterhaltung der traditionellen diplomatischen Beziehungen mit andern Ländern. Wir würden Mißverständnisse und bittere Empfindungen hervorrufen und im Erfolgsfalle schwere Verantwortungen übernehmen. Gewiß handelt es sich nicht darum, sich zu Verbündeten oder Befürwortern des Despotismus zu machen. Im übrigen müssen die Vereinigten Staaten stark bleiben, kaltes Blut bewahren und nach wie vor bereit sein, jedesmal zu verhandeln, wenn es nötig ist».

Die kurze, aber reich befrachtete Reise, welche *der amerikanische Staatssekretär Dulles nach Europa* unternommen hatte, galt im wesentlichen wohl der Beförderung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Trotz vielen gegenteiligen Anzeichen scheint er doch am Ende mit dieser Bemühung Erfolg zu haben. Die von französischer Seite vorgelegten Zusatzprotokolle erfahren eine Milderung, während andererseits der westdeutsche Bundeskanzler gerade in diesem Moment alles daran setzen muß, um die Verträge unter Dach zu bringen. Wohl mit Recht hat der Korrespondent der «Tat» in Westdeutschland geltend gemacht, daß der Kanzler genau weiß, wie sehr sein politisches Schicksal von der Ratifikation dieser Verträge abhängt. Scheitert die Europaarmee am französischen Widerstand, dann bricht die ganze politische Konzeption Bonns zusammen; das wäre nicht nur peinlich, sondern im Wahljahr 1953 direkt katastrophal. Man wird also auch auf deutscher Seite erhebliche Konzessionen machen. Es dürfte ferner nicht allzu schwer fallen, unter dem stets wirksamen amerikanischen Druck in der Saarfrage zu einem Ende zu kommen. Stimmungsmäßig besteht ohnehin das Gefühl, daß es in den europäischen Dingen in nächster Zeit überhaupt wieder etwas besser gehen, mehr frische Luft und Schwung geben wird, nachdem der große Wurf der *Inkraftsetzung*

der Kohle- und Stahlgemeinschaft gelungen ist. Der Tag des 10. Februar 1953 ist ein großes historisches Ereignis, das sicher auch jene beeindruckt, die sonst den Dingen der europäischen Integration mit einiger Skepsis gegenüberstehen. Dieses historische Datum ist deswegen besonders eindrucksvoll, weil die Durchsetzung des großzügigen Planes eine Initiative zu einem guten Ende führt, welche die Integration Europas in erster Linie durch die Mehrung seines Wohlstandes und durch die Stärkung der sozialen Widerstandsfähigkeit seiner Völker erreichen will. Und so werden die psychologischen Auswirkungen groß sein und in positivem Sinne auf die noch ausstehenden Verträge ausstrahlen. Im Interesse Frankreichs möchte man wünschen, daß es endlich gelingt, Großbritannien zu einem weiteren Schritt der Annäherung an den kontinentalen Westen zu bewegen, und in diesem Punkt spannt, wie man weiß, die französische Diplomatie mit den amerikanischen Stellen, welche den Subventionshahnen bedienen, zusammen.

Während im *Mittleren Osten* die Dinge andauernd im Fluß sind, wo Ägypten sich stark umworben sieht, indem es Besuche aus Westdeutschland, Ostdeutschland und Italien empfängt, und Persien nach wie vor eine Politik des schlaun Zögerns betreibt, haben sich im Bereiche des *Balkans* Ereignisse vollzogen, welche alle Beachtung verdienen. Es ist der fügsamen und geschickten Politik des Marschalls Tito gelungen, nicht nur politische Vereinbarungen mit seinen Nachbarn Griechenland und der Türkei zustandezubringen, sondern auch zu bedeutungsvollen militärischen Abmachungen zu gelangen. Es ist kein Zweifel, daß sich dadurch *die Stellung Jugoslawiens* weiter verstärkt hat, ein Umstand, der am Ende wohl in der Hauptsache zurückzuführen ist auf die besondere Qualität der jugoslawischen Armee. Damit ist es Tito gelungen, vor Italien wieder einen gewissen Vorsprung zu gewinnen. Der Grund hiefür mag in der Verschärfung der allgemeinen Spannung liegen. Je kritischer eben die Situation wird, um so mehr besinnt man sich auf die realen Werte, und da ist Jugoslawien sicher voran gegenüber Italien, dessen militärische Perspektiven aus den wiederholt dargelegten Gründen nach wie vor nicht mit besonderem Zutrauen betrachtet werden können. Paradoxerweise läßt sich beinahe sagen, daß in dem christlichdemokratischen Italien die kommunistische Gefahr größer ist als im kommunistischen Jugoslawien. Auch zeigt sich immer mehr, daß die im Jahre 1948 vollzogene Dissidenz Jugoslawiens gegenüber dem sowjetischen Block sich für die russische Position als ein ganz bedenklicher Schlag ausgewirkt hat, dessen wirkliche Bedeutung erst heute in vollem Maße in Erscheinung tritt.

Die *allgemeine Verschärfung der Spannung* geht aus verschiedenen Umständen hervor. Gewisse Symptome beginnen sich zu häufen. Man denkt dabei an die Meutereien in Dänemark, vielleicht auch an die wiederholten Brände auf großen Passagierdampfern in englischen Häfen. Dabei sagt aber die Überlegung, daß es sich wohl um gewisse Verschärfungen im Rahmen des Kalten Krieges handelt, dies aber noch lange nicht einen Schritt zum Heißen Krieg zu bedeuten habe. Daß dieses Risiko von Seiten einer der beiden Hauptmächte tatsächlich eingegangen wird, ist heute genau so unwahrscheinlich wie es bisher war. Gewiß ist es besonders an den Brennpunkten des Kalten Krieges, vor allem an den Grenzpunkten, sehr ungemütlich, und man begreift deshalb, wenn sich kürzlich in einer schweizerischen Zeitung ein bekannter Politiker der Türkei mit der Feststellung vernehmen ließ,

daß wir uns bereits im Heißen Krieg befänden. Allein es wäre zweckmäßig, nicht der Panikmacherei zu verfallen. Vor allem gilt es, den Verfechtern des Kreuzzugsgedankens zu begegnen. Natürlich ist der Kalte Krieg unangenehm, ungemütlich und belastet die Nerven. Das Spiel mit der Idee des Kreuzzuges ist aber unsinnig. Käme es wirklich eines Tages zum Ausbruch des Krieges, so wären die Apostel dieser Idee sehr zu bedauern. Sie wären nämlich die ersten, die sehnüchtig die sogenannten «unhaltbaren Zustände» dieser jetzigen Zeit zurückwünschen wollten. Mit vollem Recht hat einer der jüngsten Berichte des Bankhauses Bär in Zürich darauf hingewiesen, wie sehr der Begriff «unhaltbar» relativ sei, insbesondere wenn die Alternative mit allzu großen Risiken behaftet ist.

Jann v. Sprecher

Militärische Umschau

Pflicht oder Zopf?

Wer vor 25 Jahren die Rekrutenschule absolvierte, ist als Milizoffizier aufs höchste erstaunt, wie nachlässig heute der Wehrmann im allgemeinen seiner aus dem Dienstreglement klar ersichtlichen *Grußpflicht* nachkommt. Das Benehmen einer Truppe außer Dienst ist doch heute immer noch gewissermaßen das Spiegelbild des Geistes, der in der betreffenden Einheit herrscht. Offenbar scheinen viele Einheitskommandanten diesem Umstand kaum mehr die gebührende Beachtung zu schenken und allzu rasch zu vergessen, was sie selbst in ihrer eigenen Rekrutenschule gelernt haben. Oder sind wir im Zeitalter der Spezialisierung und der Technisierung der Armee schon so weit, daß wir auf die primitivsten Grundformen militärischer Haltung und soldatischen Anstandes verzichten können? Swingfrisur und alle möglichen Schuh- und Sockenfarben haben in unserer Armee bereits Eingang gefunden; etwas, das man sich noch vor wenigen Jahren nicht vorstellen konnte und auf jeden Fall mit aller Entschiedenheit abstellte. Niemand kann einem die Frage beantworten: «Was sind Schuhe mit auffälligen Farben?» Wenn ein Kommandant heute eingreift, dann wird er schon in die Kategorie der Undemokratischen, sogar der Verrückten eingereiht. Alles fällt über ihn her; wenn die Intervention der Großmütter und Tanten beim Truppen- oder Schulkommandanten nicht ausreicht, greifen Parlamentarier, Politiker und vielleicht sogar noch Magistratspersonen ein. Ob damit die Kriegstüchtigkeit unseres Heeres wesentlich gehoben wird, bleibe dahingestellt. Das Urteil im Falle Lt. Dieterich, St. Gallen, hat viel zu reden und zu schreiben gegeben. Inzwischen hat das Kassationsgericht das Urteil von Lt. Dieterich bestätigt, die Strafe des Funkers jedoch herabgesetzt. Wir wollen uns hier nicht weiter äußern, sondern den Kommentar zu dieser Angelegenheit jedem einzelnen überlassen.

Über Gruß und Haltung ist gerade in letzter Zeit auch im Organ unserer Unteroffiziere, im «Schweizer Soldat», öfters geschrieben worden. Was Oberleutnant *Schaufelberger* in der genannten Zeitschrift Nr. 8 vom 31. Dezember 1952 schildert, ist sicher jedem schon passiert, der an Samstagen in Uniform zahlreichen Soldaten in irgend einer Stadt oder Ortschaft unseres Landes begegnen mußte. Aber auch während des Dienstes scheinen sich gewisse Wehrmänner nur an die eigene Einheit zu erinnern. Ein bezeichnendes diesbezügliches Beispiel erlebte ich im Sommer 1951 in Pontresina. In Samaden war eine Pontonierkp. mit Instandstellungsarbeiten der durch Hochwasser zerstörten Straßen- und Bahnverbindung eingesetzt. Das Steinmaterial bezog sie aus dem gleichen Steinbruch, in

welchem unser Gebirgskurs den Klettergarten eingerichtet hatte. Unsere Spezialtruppen haben sicher im Oberengadin damals äußerst wertvolle, rasche und gründliche Arbeit geleistet, die jede Anerkennung verdient; aber sie waren doch im Militärdienst, im Wiederholungskurs. Eines Morgens war der Schreiber mit 30 Offizieren bei einer Besprechung im Klettergarten. Eine Gruppe Soldaten kommt zum Steinbezug mit einem Lastwagen angefahren. In kaum 10 m Distanz hören und schauen sie eine Weile zu, Zigarette im Mund, und gehen dann später ohne irgendwelche Maßnahmen ihrer Beschäftigung nach. Weniger auf Grund der mitgetragenen Bierflaschen, als wegen der Brotsäcke, Policemützen und Ordonnanzüberkleider vermutete ich, daß es sich um Angehörige unserer Armee handelte. Nach erfolgter Meldung an den betreffenden Kp.Kdt. erhielt ich die Mitteilung, daß es sich tatsächlich um Leute der in Samaden stationierten Truppe handelte, und daß ihnen nun abends Nachhilfestunden erteilt würden! Gleichen Tags wird ein Offizier meines Kurses von einem einzelnen Uof., der in einem andern Gebirgskurs Dienst leistete, im Dorf nicht begrüßt. Auf Befragen antwortet der Korporal: «Ich muß nur die Offiziere unseres Kurses grüßen!» Wer seit bald einem Vierteljahrhundert in unserer Armee eingeteilt ist, kann sich keineswegs daran erinnern, daß jemals in Schulen und Kursen solche Dinge unterrichtet worden sind. Sie passieren nun eben doch und bezeichnend ist, daß sich diese unliebsamen Vorfälle mehren und keinesfalls vereinzelt dastehen. Es ist mir nun schon oft passiert, daß ich in Bern und Zürich, und zwar nicht nur auf dem Bahnhof, von Dutzenden von Soldaten nicht begrüßt wurde. Mein Erstaunen war so groß, daß ich tatsächlich am Dienstreglement und an den früher erhaltenen Instruktionen, aber auch am Dienstbetrieb des Aktivdienstes ernstlich zu zweifeln begann. Erkundigungen an zuständiger Stelle bestätigten mir, daß jeder Soldat verpflichtet ist, zu grüßen, und der Offizier den Gruß zu fordern habe. Nun, das Urteil von St. Gallen ist nicht dazu angetan, hier mit dem früher üblichen Elan einzugreifen. Die Fälle der Grußverweigerung gerade in Bern am 22. November 1952 mir gegenüber waren derart zahlreich und kraß, daß ein Eingreifen ganz ausgeschlossen war. Es war Entlassungstag. Gegrüßt hat niemand. Es widerstrebt jedem Offizier, einen nachlässigen Gruß zu erwidern. Die eine Hand in der Hosentasche, Rauchzeug im Mund, kann man oft feststellen, daß die rechte Hand lässig an die Kopfbedeckung geführt wird, wenn man bereits vorbei ist. Man müßte also einen Sekretär mitnehmen, der alle die Übeltäter aufnotieren sollte. Oft erhält man dann vom Einheitskommandanten noch die Mitteilung: «Ja, das kann doch nicht stimmen, das ist ja gerade der beste Soldat der Kompanie oder der Batterie». Selbstverständlich ist es überholt, daß in einem überfüllten Restaurant alles aufspringt, wenn ein Offizier eintritt. Es entbindet aber einzelne ein- und austretende Wehrmänner nicht von der Grußpflicht. Die Zivilbevölkerung stößt sich nicht daran, wenn begrüßt wird, sie hält sich vielmehr darüber auf, wenn *nicht* begrüßt wird. Der Gruß ist ganz bestimmt nicht eine überholte und veraltete Formsache. Gerade in einer Milizarmee gehört er zur grundlegenden soldatischen Anstandspflicht. Das neue Dienstreglement wird dies kaum verneinen können. Eine Truppe, deren Angehörige auch in der Freizeit aufmerksam und frisch auftreten, flott und rechtzeitig grüßen, entbehrt ganz sicher auch nicht des nötigen Gefechtsappells.

Abhold jedem preußischen Kasernenhofdrill, und in Anerkennung der demokratischen Rechte des Bürgers und Soldaten, müssen alle Kommandanten dafür sorgen, daß in der grundlegenden Soldatenpflicht und im militärischen Anstand keine weiteren Verflachungen eintreten. Wenn wir uns im Gefecht auf jeden einzelnen Soldaten verlassen müssen, wenn wir ihm Waffe samt Munition mit nach Hause geben, dann haben wir auch zu erwirken, daß etwas von der soldatischen Erziehung erhalten bleibt, das doch von fundamentaler Bedeutung ist. Das ist immer noch der frische, flotte und ungezwungene militärische Gruß. Schlampige Haltung

während der Freizeit und solange man nach der Entlassung noch die Uniform trägt, ist eine äußerst schlechte Reklame für unsere Armee. Also auf das Werk, es ist höchste Zeit, eingreifen tut not! Es geht hier tatsächlich um das Ansehen der Armee, und alle, die das Wehrkleid noch in Ehren halten, müssen hier energisch mithelfen, damit dem alten guten Geist des Schweizersoldaten wieder zum Durchbruch verholfen wird. Hier haben wir von nirgends etwas zu kopieren. Der einzige Soldat, der auch in der Freizeit neben der Uniform die Waffe tragen darf und zu tragen hat, hat alle Ursache und soll stolz darauf sein, auch die Grußpflicht freudig und ungezwungen zu erfüllen. Daran wollen wir ganz entschieden festhalten.

Scheinbare Kleinigkeiten haben gerade für unsere Armee ihre große Bedeutung und dürfen keineswegs mit Kleinlichkeiten verwechselt werden. Es gehört dies ins Kapitel «soigner les détails». Soldat sein heißt, als solcher immer dann aufzutreten, wenn man die Uniform trägt, im Dienst und während der Freizeit. Nur auf den kann man sich in jeder Situation hundertprozentig verlassen, der dies jederzeit und in jeder Situation tut.

Hans Braschler

Bericht aus Paris

Der neue Ministerpräsident bemüht sich, das Vertrauen wiederzufinden, das durch die letzte Ministerkrise erschüttert worden war. Die Gerüchte über eine eventuelle Abwertung sind vom Finanzminister, Bourguès-Maunoury, dementiert worden, der sich verpflichtet hat, den Franc zu schützen, «im Inland wie im Ausland». Diese Erklärung scheint um so eher geboten zu sein, als die Auflösung des Kabinetts Pinay sofort ein starkes Ansteigen des Goldkurses zur Folge hatte, was der Bereitschaft der Öffentlichkeit, René Mayer das Vertrauen seines Vorgängers zu erhalten, abträglich war. Obwohl niemand sich offen zum inflationären Kurs bekennt, stellt man fest, daß die Stabilisierung der Währung bedroht bleibt durch alle jene Besitzer von Sachwerten, die Frankenschuldner sind, und durch eine gewisse Gruppe von Leuten, deren undurchsichtige Tätigkeit nur auf der Basis der Geldentwertung florieren kann. An die schiefe Ebene des gleitenden Frankens gewöhnt, sind es gerade die ungesunden Teile des Wirtschaftskörpers, die dieses ihnen unentbehrlich gewordene Opiat verlangen. Man ginge wohl sehr fehl, wenn man nicht diese Sehnsucht nach Inflation, die in Frankreich viel verbreiteter ist als man denkt, zu den Faktoren rechnete, die den Sturz des letzten Kabinetts verursacht haben.

Der neue Wirtschaftsminister, Robert Buron, bemüht sich, die Wirtschaft durch Hebung der Kauflust des Publikums anzukurbeln. Die Baisse im Index der Großhandelspreise hat sich — trotz allen Anstrengungen der Regierung — im Index der Konsumentenpreise nicht ausgewirkt; sie hat sogar an Stelle der erhofften Wirkung ein Nachlassen der Nachfrage zur Folge. Die Nachfrage muß aber unbedingt stimuliert werden, wenn man aus der Stagnation herauskommen will, unter der das Land leidet. Es gibt hierzu keinen andern Weg, als auf industriellem wie auf landwirtschaftlichem Gebiet eine Politik der Stimulierung einzuleiten, die nur möglich ist mit dem Mittel einer breitangelegten Verkaufsförderung durch Überbrückungskredite sowohl im Mutterland wie in den überseeischen Gebieten. Aus Finanzkreisen wird dem entgegengehalten, daß diese Methode in Frankreich, wo die Kaufkraft der Bevölkerung sehr geschwächt ist, nur schwer wird angewendet werden können. Andererseits müßte man, um Kreditkäufe zu fördern, den Zinsfuß für diese Kredite senken, der beim heutigen Stand der Dinge geradezu unerhört hoch ist.

Der Besuch von John Foster Dulles und Harold Stassen in Paris hat dem Ministerpräsidenten erlaubt, die Ausgangspositionen für seine künftigen Gespräche jenseits des Ozeans zu beziehen und die im Laufe dieser letzten Wochen schwer gestörten franco-amerikanischen Beziehungen zu entgiften. Es ist eine leider nicht wegzuleugnende Tatsache, daß trotz den gemeinsamen Interessen, trotz der Gefahr, welche die Welt bedroht, und obschon jedermann, außer den Kommunisten, die Solidarität als unerläßlich anerkennt,

zwischen den Vereinigten Staaten und Europa ein Mißverständnis

besteht. Dieses Mißverständnis hat sich neulich in zugespitzter Form geäußert, als die Zeitschrift «Life» Betrachtungen über Frankreich anstellte. Man wird sich hüten müssen, den Kreis der Verantwortung für diese weiter zu ziehen als um den Verfasser und die Herausgeber, wodurch allerdings diese Ausführungen nicht weniger kränkend erscheinen, und zwar mehr durch ihren Ton als durch die Sachverhalte, mit denen sie sich beschäftigen. Wenn man die Meinung vieler Franzosen über Amerika umreißen wollte, müßte man sagen: die Europäer sind der Ansicht, daß aus der amerikanischen Hilfe, die einer strategischen Notwendigkeit entspringt, keinerlei Vorrecht und keine moralische Verpflichtung abgeleitet werden kann. Aus dieser Feststellung ergibt sich für Europa eine zwiefache Konsequenz: 1. daß Europa sich für sich selbst und nicht für die Vereinigten Staaten in eine Verteidigungsstellung bringen muß, und 2. daß die Amerikaner, wenn sie Europa verteidigen, dies für sich selbst und nicht für Europa tun. Diese Kongruenz der Interessen oder besser gesagt der Egoismen könnte die Grundlage zu einer weitgehenden Verständigung der Völker Westeuropas mit der Macht und Stoßkraft der Vereinigten Staaten bilden.

Die Amerikaner ihrerseits können nur schwer verstehen, daß Frankreich seit zwei Jahren in bezug auf die Europäische Armee in einer zweideutigen Stellung verharret und bis heute seine Absichten in einer Frage, die über seine Zukunft entscheidet, nicht klar formuliert hat. Die nächste Reise René Mayers nach den Vereinigten Staaten wäre gegenstandslos, wenn man bis dann der Ratifikation des Vertrages von Paris, der die Verpflichtungen Frankreichs in bezug auf diese Armee festlegt, nicht nähergekommen wäre. Die nie endenwollenden Kontroversen, die es fertig gebracht haben, die gaullistischen Stimmen im Parlament denen der äußersten Linken zu verbinden, haben die politischen Kreise Washingtons enttäuscht. Die Ernennung Jules Mochs und des Generals Koenig zu Berichterstattern, die beide dem Vertrag ablehnend gegenüberstehen, wird natürlich das Malaise nicht beheben, das diese Unentschlossenheit heraufbeschworen hat. Die Amerikaner erkennen die große Anstrengung an, die Frankreich in Indochina vollbringt, und speziell um diese Anstrengung zu unterstützen, hat die Washingtoner Regierung in Frankreich Off-shore-Bestellungen aufgegeben — und sie wird dies weiter tun —, welche die Ausrüstung und Aufstellung neuer Einheiten ermöglichen sollen. In den Vereinigten Staaten kann man nicht umhin, an der bitteren Kritik gewisser französischer Blätter Anstoß zu nehmen, die der Integration Deutschlands in die europäische Verteidigungsgemeinschaft feindlich gegenüberstehen, und man bedauert dort zumal die Kampagne eines großen französischen Abendblattes, dessen systematisch anti-amerikanische Haltung die Franzosen selbst beunruhigt. Frankreich hat von den Vereinigten Staaten im Jahre 1952 mehr als eine Milliarde Dollar, d. h. zum offiziellen Kurs 350 Milliarden Francs erhalten. Ein Teil dieser Summe wurde für die Wirtschaftshilfe im zivilen Sektor zur Verfügung gestellt, ein anderer in Form von Ausrüstungs- und Waffenlieferungen für die französischen Streitkräfte, ein dritter soll zum Ankauf von Kriegsmaterial im Rahmen des Atlantikprogramms Verwendung finden. Man kann, wenn man nicht voreingenommen ist, die großen Anstrengungen nicht verkennen, die Amerika zur Verteidigung des Westens unter-

nommen hat, Anstrengungen, die nicht aufhören werden, solange die Militärmacht der Sowjets jener der Demokratien weit überlegen ist und solange die Unabhängigkeit der freien Nationen ohne die Unterstützung Amerikas nicht gesichert ist.

Solche Erwägungen sind gewiß dem Chef der französischen Regierung nicht fremd, der sich bemühte, die Vereinigten Staaten so rasch als möglich dadurch zu beruhigen, daß er im Palais Bourbon den

Vertrag über die Europa-Armee

vorlegte. Wenn dieser Vertrag ohne Widerstände ratifiziert wird, so ist der französische Kredit in den Vereinigten Staaten sofort gefestigt, und in gleicher Weise würde die Stellung Frankreichs auf internationaler Ebene verbessert, wenn die Zusammenlegung der Märkte im Rahmen der europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft wirklich funktioniert. Durch die Presse beunruhigt, bleibt jedoch die öffentliche Meinung geteilt. Man fürchtet, daß der Verteidigungsvertrag einen Verzicht auf die Souveränität mit sich bringt, der das Land in Bälde vor ein schwerwiegendes «fait accompli» stellen könnte. Man fürchtet vor allem, daß fast unvermeidlicherweise die Vereinigten Staaten dazu kommen könnten, Frankreich die «Amerikanisierung» des Konflikts in Indochina aufzudrängen. Das hätte zu bedeuten, daß Amerika sich fortan für «mitverantwortlich» für den Krieg betrachten und aktiv an ihm Anteil nehmen würde.

Was will Frankreich? Vor allem Verminderung seiner militärischen Lasten, die äußerst drückend sind. Die Grundfrage lautet: ist Amerika willens und imstande, mit dem kommunistischen China ein «Arrangement» zu treffen? Das scheint sehr zweifelhaft. Die jüngsten Erklärungen des Ministerpräsidenten von Peking, Tchow En-lai, lassen den Unterhändlern von Panmunjom wenig Hoffnung auf Verständigung. Was geschähe, wenn eines Tages China als Ganzes in den Konflikt hineingezogen würde? Es ist leider wahrscheinlich, daß nur schon die Anwesenheit der Amerikaner im asiatischen Raum die Ausdehnung des Vietnam-Konfliktes zur Folge hätte. Dann aber wäre zu befürchten, daß, je mehr Amerika sich in der indochinesischen Angelegenheit verpflichten würde, um so schwerer die Lasten für das von Amerika abhängige Frankreich sein dürften. Eine solche Entwicklung der Dinge führt zum entgegengesetzten Resultat, da unter diesen Umständen die Verschärfung des Krieges im Fernen Osten an Wahrscheinlichkeit sehr gewinnt. Wenn man nicht in aufrichtigem Meinungsaustausch zwischen den beiden Ländern sich bemüht, die Ursachen des franco-amerikanischen Mißverständnisses zu beheben, so ist zu befürchten, daß in Frankreich die Opposition gegen die amerikanischen Pläne sich versteift und es ihren Trägern rasch gelingen könnte, in einem gemeinsamen «Neutralismus» alle Kräfte der Linken bis und mit den Christlichen Demokraten um sich zu scharen. Falls nicht in gemeinsamer Anstrengung der Geist des Atlantikpaktes gerettet werden kann, so könnte im Laufe der nächsten Monate eine Spaltung im westlichen Lager oder gar ein Bruch im Atlantikpakt selbst eintreten.

So wird es also wiederum die amerikanische Haltung sein, auf welche die französische Politik wird abstellen müssen. Die franco-amerikanischen Gespräche vom 2. Februar am Quai d'Orsay haben in sehr befriedigender Weise die Fortsetzung der Atlantikpakt-Politik bestätigt. Beide Teile sind zum gemeinsamen Schluß gekommen, daß die europäische Verteidigungsgemeinschaft verstärkt werden muß und daß es keine Alternative gibt. Und trotzdem bleibt die Sicht, in der die Vereinigung Europas gewissen politischen Kreisen und einem großen Teil der Pariser Presse erscheint, sehr verschieden von dem Bild, das sich die Amerikaner davon machen. Solange der Pakt nicht ratifiziert ist, bleibt eine gewisse Zurückhaltung angezeigt, die um so berechtigter erscheint, als die Ausführungen von Foster Dulles in Bonn bezüglich der

Ungültigerklärung der Geheimabkommen,

die General Eisenhower ankündigte, die ablehnende Einstellung der Gegner des Vertrags verstärkt haben. Gewisse Leute gehen so weit, die Haltung des amerikanischen Staatssekretärs als Vorspiel zu einem Ultimatum der Vereinigten Staaten an die Sowjetunion zu interpretieren.

Wir wollen die ironischen Kommentare nicht überschätzen, mit welchen die in Paris einflußreichen «milieux progressistes» die erste Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten an das amerikanische Volk aufgenommen haben, und die sich vor allem auf jenen Ausspruch Eisenhowers stürzten, wonach das Schicksal «die Verantwortung der Führung der freien Völker» den Vereinigten Staaten anvertraut hat. Was man immer halten mag von gewissen einseitigen Werturteilen Eisenhowers in bezug auf die europäischen Völker und deren Bedürfnisse und Fähigkeiten, so kann man doch von der Vornehmheit seiner Gedanken und von der ethischen Betonung des offenen Kampfes zwischen den Kräften des Guten und denen des Bösen — dieses Kampfes, in dem Amerika sich schon eingereicht fühlt — nur beeindruckt sein. «Keiner der Grundsätze, keines der Güter, die uns wesentlich sind, angefangen mit dem Geist unserer Schulen und unserer freien Kirchen bis zu der schöpferischen Kraft der Arbeit und des freien Kapitals, steht außerhalb dieses Kampfes». Obschon die Anforderungen der Gegenwart uns Heutigen so wenig Zeit zur Besinnung lassen, sind jene zu beklagen, die diese Stimme nicht aufhören läßt.

Jean de Saint-Chamant

Bericht aus England

Die Verwüstungen, welche die entfesselte Natur an den Küsten Großbritanniens angerichtet, haben die Gedanken der Engländer in den letzten Wochen mehr beschäftigt als die politischen Probleme. Erst kam das erschütternde Schiffsunglück, der Untergang der «Prinzeß Victoria» auf ihrer regelmäßigen Fahrt von Schottland nach Nord-Irland, das weit über hundert Menschenleben gekostet hat, und sofort danach die Deichbrüche und Überschwemmungen an der Nordseeküste, die fast dreihundert Leben als Opfer forderten. So traurig und niederdrückend das ist, so sehr darf man anerkennen, daß sowohl die englische Verwaltung wie die englische Bevölkerung mit größter Energie und Hilfsbereitschaft alles getan haben, was zur Linderung der Not und zur Verhinderung neuen Unglücks in aller Eile getan werden konnte. Besonders großen Eindruck machte auf alle Beobachter die herzliche Menschlichkeit, mit der die von der Katastrophe Verschonten überall ihren unglücklicheren Nachbarn zur Seite standen. Die organisatorische Arbeit lag in erster Linie in den Händen des Home Secretary Sir David Maxwell Fyfe, der durch die Tatkraft, mit der er sie durchführte, und die Offenheit, mit der er täglich dem Unterhaus berichtete, sich allgemeinen Beifall erworben hat. Mit herzlicher Dankbarkeit begrüßte man die Hilfe auswärtiger Freunde, wie man auch das noch schwerere Unglück nicht vergaß, das auf der anderen Seite der Nordsee die Niederländer betroffen hat.

Diese Sorgen und Aufregungen, verbunden mit der arg grassierenden Influenza und den sonstigen Beschwerlichkeiten dieses ungewöhnlich langen und harten Winters, dürften auch an der schwachen Wahlbeteiligung schuld sein, die sich bei der

Nachwahl in Canterbury

zeigten, zumal Teile des Wahlkreises unmittelbar unter der Überschwemmung gelitten haben. Nicht einmal die Hälfte der Wähler hielt es für nötig, den Gang

zur Wahlurne anzutreten. Freilich hatte von vornherein niemand einen Zweifel an dem Ausgang der Wahl. Die alte Kathedralenstadt mit ihrer ländlichen Umgebung ist sicherer konservativer Besitz, und so wurde auch diesmal der konservative Kandidat Thomas — der Sohn eines einstmals berühmten Arbeiterministers — mit Zweidrittelmehrheit gewählt. Aber unter den obwaltenden Umständen hat es wenig Sinn, durch Vergleich mit den Zahlen der Hauptwahl zu untersuchen, ob die Popularität der Regierung herauf- oder heruntergegangen ist. Die Hauptsache ist, daß die Regierung so vorgeht, als ob sie ihrer Mehrheit für absehbare Zeit sicher sei, und daß auf der Seite der Opposition kein verantwortlicher Politiker einen baldigen Umschwung vorherzusagen wagt, selbst vorausgesetzt, daß er ihn wünschen sollte. Aber auch das ist fraglich, solange die Differenzen in der Arbeiterpartei so kraß und von einem Ausgleich so weit entfernt sind wie jetzt. Man kann ohne Bosheit annehmen, daß die offiziellen Leiter der Labourpartei die Reise nach Indien, die ihr Kollege und Parteifreund

Aneurin Bevan

jetzt angetreten hat, mit einem noch tieferen Seufzer der Erleichterung begrüßt haben als die von ihm ständig attackierten Insassen der Regierungsbank. Denn sein nervöser Drang, sich bei jeder parlamentarischen Kontroverse in den Mittelpunkt zu drängen, kann ihnen ebenso wenig gefallen haben wie seine kindische Bemerkung, wenn Churchill dem Unterhaus nicht erzählen wolle, was er mit Eisenhower besprochen, müsse er die Kosten seiner Reise nach den Vereinigten Staaten aus seiner eigenen Tasche bezahlen.

Bevan ist der lauteste und aggressivste der sozialistischen Politiker, die sich noch immer nicht damit abfinden können, daß der Gang der Geschichte ein so «kapitalistisches» Land wie die Vereinigten Staaten zum wichtigsten Bundesgenossen Großbritanniens gemacht hat, und die bei jeder neuen außenpolitischen Aktion Washingtons in Wehgeschrei über Amerikas Angriffslust ausbrechen. Aber das Mißbehagen über Präsident Eisenhowers Entschluß, den Truppen Tschiang Kai-sheks in Formosa den Angriff auf die chinesischen Kommunisten freizugeben, beschränkt sich keineswegs auf Bevans Anhänger oder auch nur auf die Labour Party. Die Regierung und die Mehrheit der Konservativen stand ihm ebenfalls recht kritisch gegenüber, und Minister Eden teilte dem Parlament mit, daß die englische Regierung der amerikanischen bereits ihre Bedenken gegen die geplante Maßregel mitgeteilt hatte. Nach seiner unmittelbar darauf erfolgenden persönlichen Aussprache mit dem amerikanischen Staatssekretär Dulles war er in der Lage, zu erklären, daß die umstrittene Maßnahme nicht Ausfluß amerikanischer Angriffsabsichten sei. Noch bedeutsamer für die weitere Entwicklung der internationalen Lage war, daß er sich für berechtigt erachtete, der Zuversicht Ausdruck zu geben, die künftige Zusammenarbeit der beiden Regierungen würde es unmöglich machen, daß ein Schritt von weittragender Bedeutung getan werde, ehe der englischen Regierung Gelegenheit gegeben sein würde, ihre Ansicht zur Geltung zu bringen. Sehr beherzigenswert war seine Aufforderung an seine Landsleute, sie möchten sich Mühe geben, sich in die Gefühle der Amerikaner zu versetzen.

Das gilt natürlich auch für die andere Seite, die eine solche Mahnung vermutlich ebenso nötig hat. Denn wichtiger als die einzelne Formosa-Entscheidung, die vielleicht gar nicht so bedeutsam ist wie sie auf den ersten Anblick aussieht, ist

das verständnisvolle Zusammenwirken der beiden großen angelsächsischen Mächte,

denen die Führung in der Verteidigung des Westens gegen die aus dem Osten drohende kommunistische Gefahr obliegt. Schon der Anschein eines Zwiespalts unter ihnen muß Stalin, der ja offen auf einen Konflikt unter den Westmächten

spekuliert, neuen Mut geben. Zu diesem gegenseitigen Verständnis gehört freilich eine Gedankenarbeit und Selbstdisziplin, die weder leicht noch angenehm ist. Es ist nicht so leicht für den Engländer, sich dauernd vor Augen zu halten, wie viel größer die militärische Anstrengung und infolge dessen auch die blutigen Verluste der Amerikaner in dem koreanischen Feldzug sind als die irgend einer anderen Nation, und daß darum auch die populäre Beunruhigung über diesen Feldzug, der nicht enden will, notwendigerweise sehr viel stärker ist. Daß diese Beunruhigung nach irgend einem Mittel sucht, welches eine Beendigung des Krieges in absehbarer Zeit zu versprechen scheint, ist nur menschlich. Selbstverständlich kann man über die Zweckmäßigkeit eines konkreten Mittels sehr verschieden denken, wie denn zwei so kompetente Beurteiler wie Eisenhower und Churchill in diesem Falle entgegengesetzter Ansicht sind. Aber wer allein mit dem Argument, daß eine Ausdehnung des Krieges vermieden werden muß, jeden neuen Schritt ablehnt, wird die Amerikaner schwerlich dazu bringen, geduldig ad calendae graecas zu warten. Die Weltgeschichte zeigt an zahllosen Beispielen, wie unendlich schwer es ist, Koalitionen auf lange Dauer zusammenzuhalten, und diese Schwierigkeiten sind sicherlich nicht geringer geworden in einem demokratischen Zeitalter, in dem der namenlose «Mann in der Straße» letzten Endes über ihr Geschick entscheidet. Um so nötiger ist es, alle parteipolitischen oder innerpolitischen Empfindungen dieser Debatte fernzuhalten. Daß z. B. Tschiang Kai-shek den Männern der Linken politisch unsympathisch ist, darf für die Entscheidung ebenso wenig eine Rolle spielen wie Churchill sich während des Weltkrieges nicht durch seine entschiedene Ablehnung des Kommunismus von der Allianz mit Stalin gegen Hitler abhalten ließ.

Kaum minder schwierige Probleme als die amerikanische bietet

die französische Allianz,

und es vergingen nur wenige Tage nach der Abreise des amerikanischen Staatssekretärs von London, bis der französische Ministerpräsident Mayer mit seinem auswärtigen Minister Bidault hier erschien. Sie hatten über verschiedene wichtige Fragen zu verhandeln, aber die wichtigste und schwierigste ist wohl die Stellung Großbritanniens zu der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Der Vertrag, der diese ins Leben rufen soll, ist bisher weder von Deutschland noch von Frankreich ratifiziert worden, und man kann wohl sagen, daß die Widerstände im Laufe der Zeit zum mindesten in Frankreich nicht schwächer, sondern stärker geworden sind. Als ein Zeichen dafür wurde in England die Tatsache aufgefaßt, daß der Hauptvertreter der Idee der Europäischen Gemeinschaft, der Mann, der sie auf einem der wichtigsten wirtschaftlichen Gebiete verwirklicht hat, Robert Schuman, bei der Bildung des Kabinetts Mayer den Posten des Außenministers verloren hat, den er seit 1948 bekleidete. Schuman selbst hat in der «Times» das Problem des Verhältnisses Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft Ende Januar in einem ausführlichen Artikel erörtert. Es ist allgemein bekannt, daß die Franzosen den Eintritt Großbritanniens in die Verteidigungsgemeinschaft dringend wünschen, weil sie trotz aller Vertragsbestimmungen ein gefährliches Übergewicht Deutschlands fürchten. Schuman akzeptiert, wenn auch unter Protest, den Standpunkt Englands, daß es diesen Wunsch nicht erfüllen kann, weil es Mitglied einer anderen umfassenden Gemeinschaft, des Britischen Commonwealth, ist. Aber er behauptet, es gäbe Zwischenlösungen, man könne eine organische gegenseitige Abhängigkeit zwischen der europäischen Armee einerseits und den britischen, kanadischen oder amerikanischen Heereseinheiten andererseits einrichten. In dieser Richtung scheinen sich auch die Pläne zu bewegen, die der französische Ministerpräsident in London vorgetragen hat. So viel kann man aus dem ziemlich vage gehaltenen amtlichen Communiqué herauslesen, das über die Londoner Gespräche veröffentlicht worden ist. Auch die englische Regierung hat hiernach Projekte

vorgelegt, die das gleiche Ziel vor Augen haben. Ob die englischen und französischen Projekte einander genügend nahe kommen, so daß mit einer allmählichen Ausgleiche im Laufe der weiteren Verhandlungen gerechnet werden kann, ist aus der amtlichen Mitteilung nicht zu ersehen. Man vernimmt nur, daß darüber auf diplomatischem Wege weiter verhandelt werden soll. Aber sowohl Mr. Mayer wie Mr. Eden werden demnächst nach Washington fahren, um sich mit Präsident Eisenhower und Staatssekretär Dulles auszusprechen. Deren Wünsche und Argumente werden sicher nicht ohne Einfluß auf den Fortgang und den Erfolg der englisch-französischen Verhandlungen sein.

Von den innerpolitischen Debatten des Parlaments darf diejenige über die Wiedereinführung der

Prügelstrafe

größeres Interesse in Anspruch nehmen. Für den kontinentalen Juristen war es seit jeher ein Gegenstand der Verwunderung, daß gerade Großbritannien, das in so vielen Reformfragen das Banner vorangetragen hat, noch ein Strafmittel anwandte, das man in dem ganzen übrigen Europa als barbarisch verwarf; nur Dänemark hat es 1905 wieder eingeführt, aber nach wenigen Jahren abermals abgeschafft. In England hingegen hat die Prügelstrafe bis 1948 bestanden. Seit ihrer Abschaffung hat es nie an Stimmen gefehlt, die sie beklagten, weil es nicht möglich sei, die überhandnehmenden Gewalttätigkeits-Verbrechen ohne Prügelstrafe wirksam zu bekämpfen. Diese Stimmen ertönten besonders vom kurulischen Sessel: ihr lebhaftester Wortführer ist der Lord-Oberrichter von England, Lord Goddard. Aber auch die unteren Richter, die «magistrates», die besonders mit der Aburteilung der jugendlichen Missetäter zu tun haben, sind, wie eine Abstimmung ergab, der Wiedereinführung der Prügel geneigt. Schließlich hat eine Gruppe konservativer Abgeordneter einen Antrag auf Rückwärtsrevidierung des Gesetzes gestellt. Er ist nach einer Debatte, in der sowohl die Führer der Opposition, wie vor allem der Home Secretary, Sir David Maxwell Fyfe, ihm energisch entgegengetreten sind, mit 159 gegen 63 Stimmen abgelehnt worden. Aber auch die Gegner der Prügelstrafe sind weit entfernt, mit dem gegenwärtigen Zustand der Bekämpfung des Verbrechens zufrieden zu sein, wenn sie ihre Hoffnung auch auf andere Methoden setzen. Freunde des Fortschritts auf dem Gebiete des Strafrechts werden mit diesem Ausgang wohl zufrieden sein. Aber es war erschütternd, wie einer der Gegner des Antrags den jugendlichen Missetäter von heute schilderte. «Er ist eitel, ignorant, faul, unglaublich selbstsüchtig, hat keinerlei anständigen Zeitvertreib. Er lungert an den Straßenecken herum, läuft in die Kneipen und Kinos, wettet und hat nicht das geringste Gefühl für Loyalität». Man kann es verstehen, daß der Schrei nach der Rute trotz aller humanen Einwände populär ist.

Erich Eyck